

## Anträge zum Produktgruppenbudget 2019 (Stand 13.09.2018; 12.00 Uhr)

### Grundsatzdebatte

Antrag Nr.	Antragstellende	Begründung	Antrag
1.	Interfraktioneller Rückweisungsantrag: Fraktionen: glp/jglp FDP/JF BDP/CVP SVP	<p>Das vorliegende Budget ignoriert die vom Parlament am 15. Juni 2017 überwiesene Planungserklärung, wonach das Stellenwachstum, das über dem Bevölkerungswachstum liegt, in der jeweiligen Direktion zu kompensieren sei.</p> <p>Der Gemeinderat missachtet seine eigenen finanzpolitischen Grundsätze mit dem vorliegenden Budget, insbesondere im Bereich der Selbstfinanzierung der Investitionen sowie der Bruttoverschuldung.</p> <p>Der Gemeinderat widerspricht mit diesem Budget seiner eigenen Investitionsplanung 2019: In seiner Medienmitteilung vom 21. Dezember 2017 mahnt der Gemeinderat, dass nur mit hohen Rechnungsüberschüssen keine massive Neuverschuldung eintrete und liess sich damals wie folgt verlauten: «Um dies [Neuverschuldung] zu vermeiden, müssen in den kommenden Jahren Rechnungsüberschüsse</p>	<p>Das vorliegende Budget 2019 wird mit folgenden Auflagen an den Gemeinderat zurückgewiesen:</p> <p>Der Gemeinderat möge ein Budget 2019 vorlegen, das mittels zurückhaltenden Konsumausgaben und Priorisierung der Investitionen zu keiner Neuverschuldung führt. Insbesondere soll auf diverse neue Stellen in der Verwaltung verzichtet werden, welche nicht mit dem Bevölkerungswachstum der Stadt in Zusammenhang stehen.</p> <p>Die Steueranlage ist bei einer Überarbeitung des Budgets nicht zu erhöhen.</p>

		<p>sowie entsprechend positive Cashflows in zweistelliger Millionenhöhe budgetiert und erreicht werden»                  Das vorliegende Budget, das wichtigen finanztechnische Regeln sowie den eigenen finanzpolitischen Grundsätzen des Gemeinderates zuwiderläuft und damit die Stadt Bern ohne Not wieder in eine höhere Verschuldung treibt, ist darum entsprechend zu korrigieren.</p>	
2.	Rückweisungsantrag: Fraktion SVP	<p>Die Steuern müssen insbesondere für natürliche Personen gesenkt werden. Der Umstand, dass der Gemeinderat für unsinnige Vorhaben viel Geld ausgibt und sie Steuersenkungen gleichwohl verweigert, erfordert, dass die Einnahmen der Stadt auf das gebotene Mass zurückgenommen werden müssen.</p>	<p>Das vorliegende Budget 2019 wird mit der folgenden Auflage an den Gemeinderat zurückgewiesen:</p> <p>Der Steuersatz ist von 1.54 auf 1.47 zu senken, d.h. entsprechende Kürzung des Nettoerlöses PG630400, S. 516, Steuereinnahmen (zulasten P4000000, natürliche Personen und P40100000, juristische Personen, S. 516), unter Vornahme einer entsprechenden Verzichtsplangung bei den Direktionen TVS, PRD, BSS und FPI.</p>
2.1	Eventualantrag Fraktion SVP		<p>Eventualantrag zu Antrag Nr. 2:</p> <p>Steuerreduktion Satz 1,49 mit Verzichtsplangung analog Hauptantrag 1, 47.</p>
3.	Rückweisungsantrag: Fraktion SVP	<p>Bern wendet die maximal zulässigen Ansätze an, es gilt die Steuern ungefähr auf die durchschnittliche Höhe der Agglomerationsgemeinden zu reduzieren.</p>	<p>Das vorliegende Budget 2019 wird mit folgenden Auflagen an den Gemeinderat zurückgewiesen:</p> <p>Die Liegenschaftssteuern sind von 1.5 auf 1.2 zu senken, d.h. entsprechende Kürzung des Nettoerlöses PG630400, Steuereinnahmen (zulasten P40210000, Liegenschaftssteuern, S.516), unter Vornahme einer entsprechenden Verzichtsplangung bei den Direktionen TVS, PRD, BSS und FPI.</p>

4.	Rückweisungsantrag: Fraktion SVP	Die Ausgabendisziplin nimmt katastrophale Ausmasse an. Es ist am Gemeinderat aufzuzeigen, wo er die entsprechenden Kürzungen vornehmen will.	<p>Das vorliegende Budget 2019 wird mit folgenden Auflagen an den Gemeinderat zurückgewiesen:</p> <p>Das Budget ist auf dem Stand von 2015 einzufrieren, wobei der seither gestiegenen Bevölkerungsentwicklung Rechnung zu tragen ist.</p>
4.1	Gemeinderat		<p>Folgende im Produktgruppen-Budget 2019 enthaltenen neuen Stellen werden zur Streichung beantragt:</p> <p><i>Präsidialdirektion (PRD, 2 Stellen):</i></p> <p>Hochbau Stadt Bern (P140120) «Verstärkung Projektleitung Hochbau» (1 Stelle) Kürzung der Nettokosten um Fr. 10 000.00 zulasten PG140100</p> <p>Stadtplanungsamt (P170560) «Umsetzung Stadtentwicklungskonzept STEK» (1 Assistenzstelle) Kürzung der Nettokosten um Fr. 75 000.00 zulasten PG170500</p> <p><i>Direktion für Bildung, Soziales und Sport (BSS, 2,9 Stellen):</i></p> <p>Direktionsstabsdienste BSS (P300110) «Aufstockung Sozialplanungsstelle» (0,5 Stellen) Kürzung der Nettokosten um Fr. 25 000.00 zulasten PG300100</p> <p>Direktionsstabsdienste BSS (300300) «Umsetzung Digitalstrategie» (0,4 Stellen)</p>

			<p>Kürzung der Nettokosten um Fr. 25 000.00 zulasten PG300300</p> <p>Sozialamt (310600) «Strategien und Massnahmen Kompetenzzentrum Arbeit» (1 Stelle) Kürzung der Nettokosten um Fr. 117 187.50 zulasten PG310600.</p> <p>Jugendamt (P330260) «Stellenerhöhung PINTO» (1 Stelle) Kürzung der Nettokosten um Fr. 49 680.00 zulasten PG330200</p> <p><i>Direktion für Tiefbau, Verkehr und Stadtgrün (TVS 4 Stellen)</i></p> <p>Tiefbauamt (P510130) «Stadtinterne Gesamtkoordination Bypass Bern Ost» (1 Stelle) Kürzung der Nettokosten um Fr. 74 520.00 zulasten PG510100</p> <p>Tiefbauamt (510200) «Projektleitung diverser Projekte des Tiefbauamts» (0,5 Stellen) Kürzung der Nettokosten um Fr. 37 260.00 zulasten PG510200</p> <p>Tiefbauamt (P510410) Die neue Aufgabe «Bewirtschaftung öffentlicher Raum (Plakatierung, Sondernutzungs-konzessionen etc)» (0,5 Stellen)</p>
--	--	--	---

			<p>Kürzung der Nettokosten um Fr. 37 260.00 zulasten PG510400</p> <p>Stadtgrün Bern (520200) «Zusätzliche Grünanlagen und Bäume» (0,5 Stellen) Kürzung der Nettokosten um Fr. 58 622.50 zulasten PG520200</p> <p>Stadtgrün Bern (520200) «Unterstützung bei der Verwaltung der Familiengärten/Urban Gardening» (0,5 Stellen) Kürzung der Nettokosten um Fr. 24 840.00 zulasten PG520200</p> <p>Verkehrsplanung (580100) "Verstärkung der aufsuchenden Partizipation (Einbezug der «nicht organisierten» Bevölkerung) bei Verkehrsprojekten" (1 Stelle) Kürzung der Nettokosten um Fr. 82 052.00 zulasten PG580100</p> <p><i>Direktion für Finanzen, Personal und Informatik (FPI, 2 Stellen)</i></p> <p>Immobilien Stadt Bern (620110) «Immobilienmanagement Verwaltungsvermögen» (1 Stelle) Kürzung der Nettokosten um Fr. 128 787.93 zulasten PG620100</p> <p>Informatikdienste (P650110)</p>
--	--	--	---

			«Fachspezialisten/-innen für die Aufgabengebiete Applikationsverantwortung, Projekt-leitungsstelle» (1 Stelle) Kürzung der Nettokosten um Fr. 73 000.00 zulasten PG650100
5.	Antrag Fraktion SVP	Wir müssen sparen. Die Stadt kann in Anbetracht ihrer knappen Finanzlage nur neue Aufgaben erfüllen, die ihr vom Kanton oder vom Bund vorgeschrieben werden, nicht aber freiwillig Aufgaben übernehmen.	Es dürfen keine der im Vorbericht des Produktgruppenbudgets in Ziff. 2.6.3. (ab S. 22) aufgeführten neuen Aufgaben und Stellen übernommen werden, soweit sie nicht kompensiert werden.
6.	Antrag Fraktion SVP		<i>Eventualantrag zu Antrag 5:</i> Auf die im Vorbericht des Produktgruppenbudgets in Ziffer 2.6.3 aufgelisteten neu budgetierten Aufgaben ist zu verzichten, soweit sie in die Zuständigkeit der Stimmberechtigten und des Parlaments fallen und sie nicht anderweitig kompensiert werden.
7.	Antrag Luzius Theiler	«Die Digitalisierung stellt für den Gemeinderat eine der grossen Herausforderungen unserer Zeit dar; es ist für den Gemeinderat selbstverständlich und ein Grundauftrag, sich dieser zu stellen», schreibt der Gemeinderat in der Antwort auf meine Kleine Anfrage zur Digitalstrategie. Und in der Einleitung zum Strategiepapier wird ausgeführt, die Digitalisierung betreffe uns alle, deswegen richte sich die Strategie an alle Mitarbeitende der Stadtverwaltung sowie an die breite Öffentlichkeit. Der Stadtrat ist da wohl mitgemeint. Vor Umsetzung einer gesellschaftlich, demokratiepolitisch und technisch so wichtigen und anspruchsvollen Strategie sind in der «Stadt der Partizipation» die Beteiligten und Betroffenen miteinzubeziehen. Deshalb sollten keine Kredite für die	Es seien die über die Dienststellen Stadtkanzlei GuB; Direktionsstabsdienste PRD, SUE, BSS, TVS und FPI sowie Informatikdienste FPI verteilten Kreditbegehren von insgesamt CHF 534'792.- für die Umsetzung der Digitalstrategie zu streichen.

		<p>Umsetzung bewilligt werden, bevor im Stadtrat und in der Öffentlichkeit eine breite Diskussion über die Strategie stattgefunden hat.</p> <p>Zudem stellen sich Fragen nach der Höhe des Betrages und nach der Notwendigkeit der zusätzlichen Stellen, sind doch viele Ausführungen im Papier sehr vage. Zu dem für die Information der Öffentlichkeit (und des Stadtrates) besonders wichtigen Bereich «Open Data» wird auf S. 10 gesagt, es werde der «Ressource Daten, auch im Sinne von open data, grosse Aufmerksamkeit geschenkt». Auf der nächsten Seite ist von einer «Open-Government-Data-Initiative» die Rede. Welche zusätzlichen Entscheidungsgrundlagen werden für welche Berechnungen bereitgestellt? Bekommt der Stadtrat endlich ein zeitgemässes Ratsinformations-System?</p>	
--	--	---	--

### Gemeinde und Behörden (GuB)

Antrag Nr.	Seite	Dienststelle	PG-Nr.	Antragstellende	Begründung	Antrag
8.	23 und 54/56	GuB	050000 Informationsdienst	Fraktion FDP/JF	Für die Ausrichtung des Informationsdienstes auf den Medienwandel soll maximal 30'000 zusätzlich budgetiert werden.	Der Leistungsausbau soll CHF 30'000 anstelle von CHF 40'000 betragen, d.h. Kürzung der Nettokosten um CHF 10'000 auf CHF 1'280'519.--.
8.1	65	Ombudsstelle	PG020000 Ombudstätigkeit	Fraktion SVP	Begründung:	Bruttokosten Voranschlag 2019 neu 381'093.00 anstelle von 461'093.00.

			und Da- tenschutz		<p>Die AK hält in Ihrem Bericht fest: "So begleitete die Aufsichtskommission die neue Ombudsfrau bis zu ihrer definitiven Festanstellung per 31.7.2017 und gab ihr auch Gelegenheit, ihre Arbeit, und insbesondere ihre geplante Neuausrichtung inklusive ihrem neuen Webauftritt der Aufsichtskommission vorzustellen."</p> <p>Die Neuausrichtung und der neue Webauftritt sind einmalige Kosten. Die Fallzahlen sind seit 2014 rückläufig. Auch die Gesamtzahl der Geschäfte und Gesamtzahl der Geschäfte und Konsultationen gemäss Tätigkeitsbericht 2017 Ombudsstelle Ziff. 5.2 belegen, dass eine Anpassung der Bruttokosten gerechtfertigt ist.</p>	
8.2	65	Ombudsstelle	PG020000	BDP/CVP	<p>Der letztjährige Ausbau der Ombudsstelle um 0,4 Stellen (bzw. CHF 45'000.00) ist rückgängig zu machen und auf den vorgesehenen Ausbau um 10% (d.h. rund 43'000.00) ist zu verzichten. Die Ombudsstelle kann ihre Aufgabe mit den bestehenden Ressourcen zur vollständigen Zufriedenheit des Stadtrates und der Bürgerinnen und Bürger er-</p>	<p>Kürzung der Nettokosten um CHF 88'000.00 auf CHF 373'093.00 bei P 020000 Ombudstätigkeit.</p>



					ledigen. Ein Ausbau ist angesichts des relativ bescheidenen Aufgabenfelds und der verhältnismässig bescheidenen Nachfrage nicht gerechtfertigt.	
9.	23 und 69	Gemeinderat	030000 Gemeinderat light	Fraktion SVP	Weltweit feiert niemand die Mondladung, aber Bern schon!	Die Nettokosten für das Mondlandungs-Jubiläumsfest STARMUS seien zu streichen, d.h. Kürzung der Nettokosten um CHF 300'000.00 auf CHF 3'838'335.91.
9.1	85	Informationsdienst	050000, Ziele	Luzius Theiler, GaP	Die Publikation der Gemeinderatsbeschlüsse entspricht dem heute als selbstverständlich geltenden Öffentlichkeitsprinzip der Verwaltung. Auch der Bernische Regierungsrat publiziert seine Beschlüsse ( <a href="https://www.rr.be.ch/rr/de/index/rrbonline/rrbonline/suche_rrb.html">https://www.rr.be.ch/rr/de/index/rrbonline/rrbonline/suche_rrb.html</a> ), allerdings zuweilen mit willkürlichen Ausnahmen. Noch besser ausgebaut hat die Zürcher Stadtregierung die Publikation ihrer Beschlüsse ( <a href="http://www.stadt-zuerich.ch/strb">http://www.stadt-zuerich.ch/strb</a> ).	Übergeordnete Ziele Die Ziele der Information und der internen Kommunikation des Gemeinderates sind: - (neu) <i>Laufende Publikation der Gemeinderatsbeschlüsse unter Berücksichtigung von allfälligen rechtlichen Geheimhaltungspflichten oder schutzwürdiger Interessen Betroffener (P010).</i> - Wahrnehmung ...

## Präsidialdirektion (PRD)

10.	23 und 88/89	Direktions- stabsdienste und Gleichstel- lung	100100 Leistungen für Politik und Ver- waltungs- führung	Fraktion SVP	Die Orientierung 2017 muss ein einmaliges Ereignis bleiben. Für die Orientierung des Personals und Vorstellung der Legislaturrichtlinien stehen andere effizientere günstigere Massnahmen zur Verfügung (z.B. Videobotschaft per Mail etc.). Auch kann der persönliche Kontakt in einer Grossveranstaltung bei 3900 Angestellten nicht sichergestellt werden. Es wäre sinnvoller Anlässe der einzelnen Abteilungen zu besuchen; dort ist eine persönliche Kontaktaufnahme und Interaktion eher möglich.	Der städtische Personalanlass soll nicht mehr stattfinden, d.h. Kürzung der Nettokosten um CHF 200'000 auf CHF 4'213'708.97.
11.	92	Direktions- stabsdienste und Gleichstel- lung	100100 Leistungen für Politik und Ver- waltungs- führung	Fraktionen: FDP/JF BDP/CVP	Der Personalanlass 2019 soll mit einem Budget von maximal 150'000 durchgeführt werden	Der Leistungsausbaue soll CHF 150'000 anstelle von CHF 200'000 betragen d.h. Kürzung der Nettokosten um CHF 50'000 auf CHF 4'363'708.97.
12.	106	Kultur Stadt Bern	110000 Kultur- förderung	SBK	Die Pflege des kulturellen Erbes obliegt nicht allein der Denkmalpflege, sondern sollte auch ein Ziel, der Produktgruppe Kulturförderung der Dienststelle Kultur Stadt Bern sein (Stadtarchiv, Bibliotheken und Museen	Ursprüngliche Formulierung aus PGB 2018 Das Ziel: «Die Stadt Bern unterstützt die Pflege des kulturellen Erbes und legt Wert darauf, dass dieses allen Bevölkerungsgruppen offensteht»

					kümmern sich auch um das kulturelle Erbe). Das gleiche gilt für die Bemühungen, um einen für alle offenen Zugang zum kulturellen Erbe.	ist (wieder) in die Liste der übergeordneten Ziele der Produktgruppe Kulturförderung aufzunehmen.
13.	105	Kultur Stadt Bern	110000 Kulturförderung	Fraktion SVP		Die Kosten bei der Kulturförderung seien um CHF 2'000'000.00 zu streichen, d.h. Kürzung der Nettokosten um CHF 2'000'000.00 auf CHF 34'388'988.10.
13.1	105	Kultur Stadt Bern	110000 Kulturförderung	Fraktion SVP	<p>Die SVP hat bereits in der Vernehmlassung die weitere Erhöhung der Kulturförderung kritisiert und ausführlich dargelegt in welche Richtung sich die Kulturförderung bewegen soll. Im Mai 2018 hat die SVP ein Ausgabenmoratorium im Kulturbudget der Stadt Bern verlangt. (Basis 36.4Mio) Wo Geldtöpfe sind, wird zugelangt. Dieses Prinzip gilt nicht nur für die Privatwirtschaft. Auch in der Kunstszene gibt es regelrechte Profi-Abräumer. Sie erscheinen regelmässig auf allen möglichen Preisträger- und Unterstützungslisten.</p> <p>Förderung heisst immer auch Ungleichbehandlung. Wo Künstler unterstützt werden,</p>	Bruttokosten 2019 neu 35'878'748.00 anstelle von 37'610'988.00.

					bleiben andere auf der Strecke. Wer im Kulturfilz der Stadt Bern zu Hause ist, holt mehr. Das sind nicht unbedingt die Besten, aber jene, die es am besten verstehen, an staatliche Leistungen zu gelangen.	
14.	105	Kultur Stadt Bern	110000 Kulturförderung	Fraktion SVP	Die Leitung der Kulturförderung hat durch das Abschiedsfest und das Engagement einer bekannten Band mit Fördermitteln manifestiert, dass sie nicht in der Lage ist, ihrer Aufgabe nachzukommen. Es ist deshalb geboten, die nötigen Kürzungen vorzunehmen.	<i>Eventualantrag zu Antrag 13:</i> Die Kosten bei der Kulturförderung seien um CHF 500'000.00 zu streichen, d.h. Kürzung der Nettokosten um CHF 500'000.00 auf CHF 35'888'988.10.
15.	105 und 108	Kultur Stadt Bern	110000 Kulturförderung	Fraktion SVP	Die Voraussetzungen für eine fristlose Kündigung der Verträge sind gegeben.	Die Kosten für die IKUR in der Höhe von CHF 380'000.00 seien zu streichen, d.h. Kürzung der Nettokosten um CHF 380'000.00 auf CHF 36'008'988.00.
16.	131	Wirtschaftsamt	160100 Wirtschaftsförderung	Fraktion FDP/JF	Die Erarbeitung einer Strategie für Förderung der Kultur- und Kreativwirtschaft soll mit bestehenden Mitteln erstellt werden.	Auf den Leistungsausbau von CHF 60'000 ist zu verzichten, d.h. Kürzung der Nettokosten um 60'000 auf CHF 2'377'906.76.

17.	25 und 132	Wirtschaftsamt	160100 Wirtschafts- förderung	Luzius Theiler (GaP)	Dem Berner Tourismus geht es glänzend. Die Zahl der Hotelübernachtungen stieg letztes Jahr wiederum um fast 10%. Das räumlich beschränkte touristisch interessante Gebiet der Altstadt verträgt nicht zusätzliche Gäste in beliebiger Zahl. Zudem ist die Zukunft der Berner Tourismusorganisation vier Monate vor Ablauf des Leistungsvertrages mit Bern Tourismus immer noch in der Schwebe. Eine Subventionserhöhung ist deshalb nicht angebracht.	Der budgetierte zusätzliche Basisbeitrag an Bern-Tourismus im Betrag von CHF 530'000 sei zu streichen, d.h. Kürzung der Nettokosten um CHF 530'000 auf CHF1'907'906.76.
18.	23 und 136	Stadtplanungs- amt	170500 Stadt- planung	Fraktionen: FDP/JF BDP/CVP	Bei der Umsetzung des STEK 2016 soll keine Stellen auf Vorrat geschaffen werden und allenfalls mit der TVS kompensiert werden.	Die budgetierten Mehrausgaben sind um die Hälfte zu reduzieren, d.h. neu stehen der PG170500 zusätzlich CHF 250'000 anstelle von zusätzlichen CHF 500'000 zur Verfügung, d.h. Kürzung der Nettokosten um CHF 250'000 auf CHF 5'884'277.06.
19.	141	Stadtplanungs- amt	170500 Übergeord- nete Ziele	PVS	Da mit dem Umzug der Fachstelle Gestaltung öffentlicher Raum das Stadtplanungsamt bzw. der Bereich Freiraumplanung nicht mehr für die Gestaltung öffentlicher Räume, sondern für die übergeordnete Planung von Freiräumen zuständig ist, soll diese Terminologie auch in den übergeordneten Zielen übernommen werden.	Dritter Punkt der übergeordneten Ziele heisst neu: «Sicherstellen einer hohen gestalterischen Qualität und guten Nutzbarkeit der für die Stadtentwicklung relevanten Freiräume. Gewährleisten einer guten Freiraumversorgung in den Stadtteilen.»

Direktion für Sicherheit, Umwelt und Energie (SUE)

Antrag Nr.	Seite	Dienststelle	PG-Nr.	Antragstellende	Begründung	Antrag
20.	158	Kantonspolizei	210100 Kantons- polizei	Fraktion SVP	Die Nettokosten PG210100 Kantonspolizei beinhalten die Abgeltung gemäss Ressourcenvertrag. Das Budget PG210100 soll um 2'500'0000.00 erhöht werden. Mit der Erhöhung soll eine Videoüberwachungsanlage für den Raum Reithalle angeschafft werden. Ebenfalls wäre auf dem Dach der Reithalle Stacheldraht zu verlegen und allenfalls weitere geeignete bauliche Massnahmen vorzusehen, damit das Betreten dort verhindert werden kann. Der entsprechende Betrag ist in der Direktion PRD, Dienststelle Kultur Stadt Bern, zulasten PG 1100000 Kulturförderung zu kürzen. Diese Dienststelle befürwortet und verantwortet den mit extremen Kosten für die Aufrechterhaltung der Sicherheit verbundenen Kulturbetrieb, weshalb bei dieser Dienststelle zu kürzen ist.	Erhöhung der Nettokosten um CHF 2'500'0000.00 auf CHF 34'514'416.00 zugunsten PG210100 Kantonspolizei. Der entsprechende Betrag ist in der Direktion PRD, Dienststelle Kultur Stadt Bern, zulasten PG 1100000 Kulturförderung zu kürzen.

21.	158	Kantonspolizei	210100 Kantonspolizei	Fraktion SVP	<i>siehe Antrag 20</i> Die Mehrausgaben müssen in der PRD (Kulturförderung) kompensiert werden.	<i>Eventualantrag zu Antrag 20:</i> Erhöhung der Nettokosten um CHF 1'000'000.00 auf CHF 33'014'416 zugunsten PG210100 Kantonspolizei. Der entsprechende Betrag ist in der Direktion PRD, Dienststelle Kultur Stadt Bern, zulasten PG 1100000 Kulturförderung zu kürzen.
22.	23 und 164/ 165	Amt für Umweltschutz	220100 Umweltschutz	Fraktion FDP/JF	Das Partizipations- und Kommunikationsmodell für Umweltfragen soll mit dem bestehenden Budget realisiert werden und benötigt keine zusätzlichen Gelder. Auf diesen Leistungsausbau ist zu verzichten.	Auf den Leistungsausbau von CHF 100'000 ist zu verzichten, d.h. Kürzung der Nettokosten um CHF 100'000 auf CHF 5'403'338.21.
23.	23 und 164/ 165	Amt für Umweltschutz	220100 Umweltschutz	Fraktion FDP/JF	Die Mehrkosten für die Erstellung der Massnahmenblätter für die Energie- und Klimastrategie sind direktionsintern zu kompensieren.	Auf den Leistungsausbau von CHF 200'000 ist zu verzichten, d.h. Kürzung der Nettokosten um CHF 200'000 auf CHF 5'303'338.21.
24.	23 und 164/ 165	Amt für Umweltschutz	220100 Umweltschutz	Fraktion FDP/JF	Der Aufbau einer „Sharing Economy“ ist keine Kernaufgabe der Stadt Bern und benötigt keine zusätzlichen Gelder.	Auf den Leistungsausbau von CHF 150'000 ist zu verzichten, d.h. Kürzung der Nettokosten um CHF 150'000 auf CHF 5'353'338.21.

## Direktion für Bildung, Soziales und Sport (BSS)

Antrag Nr.	Seite	Dienststelle	PG-Nr.	Antragstellende	Begründung	Antrag
25.	23/24 und 230	Direktionsstabsdienste BSS, Sozialamt, Jugendamt, Gesundheitsdienst und Sportamt	300300 310600 330100 330400 370300 380100 380200	Fraktion SVP	Die Aufgaben müssen mit den bestehenden Mitteln ausgeführt, resp. kompensiert werden	Auf sämtliche neu geschaffene Stellen in den Dienststellen Direktionsstabsdienst, Sozialamt, Jugendamt, Gesundheitsdienst und Sportamt sei zu verzichten, soweit sie nicht innerhalb der BSS kompensiert werden.
25.1	25/ 235	Direktionsstabsdienste und Koordinationsstelle Sucht	300100	BDP/CVP	Die Sozialplanung ist bereits heute gut dotiert und kann ihre Aufgaben (z.B. die für eine Stadt nicht absolut elementaren "Stadtteilkonferenzen") mit dem bestehenden Stellenetat gut bewältigen. Zudem gibt es zahlreiche andere Verwaltungsstellen (z.B. Stadtplanungsamt, Amt für Statistik, Alters- und Versicherungsamt, etc.) sowie Quartierorganisationen und Dritte (mit denen die Stadt Leistungsverträge hat, z.B. VBG), die ebenfalls sozialplanerische Aufgaben übernehmen. Ein Ausbau ist deshalb nicht gerechtfertigt.	Auf die Aufstockung der Sozialplanungsstelle ab Juli 2019 um 50% (d.h. Fr. 25'000.00) ist zu verzichten, d.h. Kürzung der Nettokosten um CHF 25'000.00 auf 1'850'135.45 bei PG 300100 (Direktionsstabsdienste und Koordinationsstelle Sucht).
26.	23 und 239	Direktionsstabsdienste und	300100 Kinder- und	Fraktionen: FDP/JF BDP/CVP	Internationale Zusammenarbeit ist Aufgabe des Bundes. Die Stadt leistet bereits im Rahmen	Auf den Leistungsausbau von CHF 50'000 ist zu verzichten,



		Koordinations Sucht	Jugendförderung Gemeinwesenarbeit		der bestehenden Mittel einen grossen Beitrag. Eine Erhöhung ist nicht notwendig.	d.h. Erhöhung des Nettoerlöses um CHF 50'000 auf CHF 64'015'505.28.
27.	23 und 239	Direktionsstabsdienste und Koordinations Sucht	300100 Kinder- und Jugendförderung, Gemeinwesenarbeit	Fraktionen: FDP/JF BDP/CVP	Der Mehrwert für die Stadtbevölkerung beim Beitritt zu „Solidarity Cities“ ist nicht gegeben und rechtfertigt die Mehrausgaben nicht.	Auf den Leistungsausbau von CHF 20'000 ist zu verzichten d.h. Erhöhung des Nettoerlöses um CHF 20'000 auf CHF 63'945'505.28.
27.1	290/ 292	Schulamt	320100	BDP/CVP	Bei P320120 steigen die Nettokosten gegenüber dem Vorjahr um rund 13% (d.h. Fr. 68'855.00). Die Stadt Bern hat ein unglaublich gut ausgebautes Netz von Sozialprojekten und Integrationsprojekten, die teilweise von der Stadt selbst erbracht und durchgeführt werden, teilweise von Dritten, mit denen die Stadt Leistungsverträge hat (z.B. VBG, DOK, TOJ, etc.) und teilweise sogar von Freiwilligen. Ein Ausbau des bestehenden Angebots ist weder angezeigt noch nötig.	Der Leistungsausbau soll bei PG320100 „nur“ noch CHF 11'335'229.- anstelle von CHF 11'404'084.- betragen, d.h. Kürzung der Nettokosten um CHF 68'855.- auf CHF 107'263'324.- bei PG320100.
28.	24 und 317	Jugendamt	330100 Kinder- und Jugendförderung,	Fraktionen: FDP/JF BDP/CVP	Die Begleitung von Quartierentwicklung kann mit bestehenden Personalressourcen vorgenommen werden.	Auf den Leistungsausbau von CHF 54'800 ist zu verzichten, d.h. Kürzung der Nettokosten um 54'800 auf CHF 48'877'536.55.

			Gemeinwesenarbeit			
29.	26 und 317	Jugendamt	330100 Kinder- und Jugendförderung, Gemeinwesenarbeit	Fraktionen: FDP/JF BDP/CVP	Die Erhöhung der Ausgaben für den DOK für das Spielangebot im Stadtteil IV soll auf CHF 100'000.00 reduziert werden. Diese Mehrausgaben genügen.	Der Leistungsausbaubau für DOK ist auf CHF 100'000 zu beschränken, d.h. Kürzung der Nettokosten um 41'500.00 auf CHF 48'890'836.55.
30.	26 und 317	Jugendamt	330100 Kinder- und Jugendförderung, Gemeinwesenarbeit	Fraktionen: FDP/JF BDP/CVP	Die Erhöhung der Ausgaben für den TOJ um jährlich CHF 340'000.00 steht in keinem Verhältnis zum Wachstum der Stadtbevölkerung, geschweige denn den Kontaktstunden, welche in den bestehenden Jugendtreffs nachgefragt werden.	Der Leistungsausbaubau für TOJ ist um CHF 170'000.00 zu kürzen, d.h. Kürzung der Nettokosten um 170'000.00 auf CHF 48'762'336.55.
31.	26 und 312	Jugendamt	330200 PINTO	Fraktion FDP/JF	Die Stellenerhöhung bei PINTO soll nur 50% betragen.	Der Leistungsausbaubau von CHF 49'680 ist zu halbieren, d.h. Kürzung der Nettokosten um 24'840.00 auf CHF 48'907'496.55
31.1	319	Jugendamt	330100	Fraktion BDP/CVP	Ungleichbehandlung aufgrund des Geschlechts bleibt Sexismus, auch wenn das moralisch begründet wird. Der zu streichende Satz ist Ausdruck positiver Diskriminierung von Mädchen und jungen Frauen. Es wird der Eindruck erweckt, als bedürftigen Mädchen und junge Frauen besonderer	Neuformulierung der Übergeordneten Ziele: <i>"(...) Die städtische Lebenswelt soll Kindern und Jugendlichen gerecht werden. Für Freizeit und Ferien sind sinnvolle Angebote bereitgestellt. Kinder und Jugendliche partizipieren aktiv an Fragen, die ihr Umfeld betreffen (P110+P120, P140+P150)."</i>

					<p>Unterstützung, um Gleiches zu leisten wie Jungen oder um sich zu entfalten und entwickeln. Die Zielformulierung zementiert das Vorurteil der "unselbständigen, schwachen, hilfsbedürftigen Mädchen". Zudem teilt die Zielformulierung in unterschiedliche Kategorien (männlich/weiblich) ein, was Geschlechterunterschiede unnötig sichtbar macht und unterstreicht.</p> <p>Ohne den letzten Satz ist die Zielformulierung offen gehalten und somit allgemein und uneingeschränkt gültig. Wir erachten das als richtig.</p>	<p>Der letzte Satz ist zu streichen, nämlich: <i>"Besonders aufmerksam werden Mädchen und junge Frauen in der Entfaltung ihrer Stärken und Fähigkeiten unterstützt"</i>.</p>
31.2	319	Jugendamt	PG330100	BDP/CVP Eventualantrag zu 31.1	<p>Die Zielformulierung führt wichtige Kategorien von tatsächlich oder gefühlt diskriminierten Kindern und Jugendlichen nicht auf. Sie ist deshalb entsprechend zu ergänzen.</p>	<p>Eventualantrag zu Antrag 31.1:</p> <p>Neuformulierung der Übergeordneten Ziele:  <i>"(...) Die städtische Lebenswelt soll Kindern und Jugendlichen gerecht werden. Für Freizeit und Ferien sind sinnvolle Angebote bereitgestellt. Kinder und Jugendliche partizipieren aktiv an Fragen, die ihr Umfeld betreffen (P110+P120, P140+P150).</i>  <i>Besonders aufmerksam in der Entfaltung ihrer Stärken und Fähigkeiten unterstützt werden Mädchen und junge Frauen, farbige Kinder und Jugendliche,</i></p>

						<i>trans- inter- bi- und homosexuelle Jugendliche, körperlich und geistig behinderte Kinder und Jugendliche, Kinder und Jugendliche aus armen Verhältnissen, traumatisierte Kinder und Jugendliche, Kinder und Jugendliche aus jüdischen muslimischen buddhistischen hinduistischen Familien, nicht dem Schönheitsideal entsprechende Kinder und Jugendliche, Kinder und Jugendliche aus afrikanischen Staaten oder aus dem Mittleren und Nahen Osten, Kinder und Jugendliche von Sinti und Roma sowie alle weiteren von Diskriminierung in irgendeiner Form betroffenen Kinder und Jugendliche.“</i>
32.	346	Alters- und Versicherungsamt	350500 Alter und Behinderung	Fraktion SVP	Es liegt noch kein Konzept für die Wohnform für ältere Menschen vor, das Geld wurde einfach mal so, dem nassen Daumen im Wind nach, budgetiert.	Kürzung der Nettokosten um CHF 100'000.00 auf CHF 34'517'111.12.
	24 und 339	Alters- und Versicherungsamt	350500 Alter und Behinderung	Fraktion FDP/JF	Aufgrund des fehlenden Konzepts für «Wohnform für ältere Menschen» (Legislaturziel 4) sollen die Gelder noch nicht gesprochen werden.	<i>Deckungsgleich mit Antrag Fraktion SVP:</i> Auf den Leistungsausbau von CHF 100'000 ist zu verzichten, d.h. Kürzung der Nettokosten um 100'000.00 auf CHF 34'517'111.12.
33.	S. 26 und 339	Alters- und Versicherungsamt	350500 Alter und Behinderung	Fraktion FDP/JF	Um das Projekt Nachbarschaft (Socius) in alle Stadtteile auszuweiten, sind keine zusätzlichen Mittel nötig.	Auf den Leistungsausbau von CHF 100'000 ist zu verzichten, d.h. Kürzung der Nettokosten um 100'000.00 auf CHF 34'517'111.12.

34.	24 und 379	Sportamt	380100 Betriebe Eis und Wasser	Fraktion FDP/JF sowie Fraktion SVP	FDP/JF: Die Aufgaben für Mitwirkung bei Bau- und Sanierungsprojekten kann direktionsintern geregelt werden und erfordert keine neue Stelle. SVP: Diese Stelle müsste intern kom- pensiert werden.	Auf den Leistungsausbau von CHF 50'000 für Mitwirkungs- und Informati- onsstelle Bau- und Sanierung ist zu ver- zichten, d.h. Kürzung der Nettokosten um 50'000.00 auf CHF 27'665'371.92.
35.	24 und 378	Sportamt	380200 Sportanlagen Sportbetrieb	Fraktion FDP/JF	Die Sportvereine leisten bereits hervorragende Integrationsar- beit. Es braucht kein zusätzli- ches Engagement der Stadt Bern.	Auf den Leistungsausbau von CHF 40'000 für die Integrationsstelle Sport ist zu verzichten, d.h. Kürzung der Nettokosten um 40'000.00 auf CHF 27'675'371.92
36.	386	Sportamt	380200 Sportanlagen Sportbetrieb	SBK	Die Sporthalle Weissenstein wird von der Stadt Bern und der Gemeinde Köniz gemeinsam finanziert, beide Gemeinden leisten den gleichen Beitrag. Der Verwaltungsrat der Sporthalle Weissenstein AG hat am 26. Juni beschlossen, ab 2019 die Beiträge um je CHF 35 000.00 auf CHF 245 000.00 zu senken. Das Budget 2019 wurde vom Gemeinderat mit einem Beitrag von CHF 280 000.00 genehmigt.	Kürzung der Nettokosten um CHF 35 000.00 auf CHF 27'680'371.92.
37.	24 und 393	Kompetenz- zentrum Integration	390100 Kompetenz- Zentrum	Fraktionen: FDP/JF BDP/CVP	Die Sensibilisierung der Institu- tionen auf die spezifischen An-	Auf den Leistungsausbau von CHF 20'000 ist zu verzichten,

			Integration		liegen der Migrationsbevölkerung kann mit den bestehenden Mittel ermöglicht werden und benötigt keine zusätzlichen Gelder der Stadt Bern.	d.h. Kürzung der Nettokosten um 20'000.00 auf CHF 979'131.00.
--	--	--	-------------	--	---	---

## Direktion für Tiefbau, Verkehr und Stadtgrün (TVS)

Antrag Nr.	Seite	Dienststelle	PG-Nr.	Antragstellende	Begründung	Antrag
38.	24 und 419	Tiefbauamt	510100 Entwicklung + Erhaltung	Fraktionen: FDP/JF BDP/CVP	Für die Gestaltung des öffentlichen Raums sind nicht zwei zusätzliche neue Stellen nötig. Die Aufgabe kann mit dem bestehenden Personalbestand vorgenommen werden.	Auf den Leistungsausbau von CHF 149'040.00 für die zwei Stellen Gestaltung öffentlicher Raum ist zu verzichten, d.h. Kürzung der Nettokosten um CHF 149'040 auf CHF 46'933'244.13.
39.	24 und 421	Tiefbauamt	510100 Entwicklung + Erhaltung	Fraktionen FDP/JF BDP/CVP PVS-Minderheit	Für die stadtinterne Gesamtkoordinationstelle Bypass Bern Ost und Raum Wankdorf genügt eine Stelle; der Lead für die Projekte ist z.B. beim Bypass beim ASTRA; es ist nicht nachvollziehbar, dass die Stellen 100 % ausgelastet sein werden.	Zusammenlegung der beiden Koordinationsstellen „Bypass Ost „und „Raum Wankdorf“ in eine Stelle; die zweite Stelle streichen, d.h. Kürzung der Nettokosten um CHF 74'520 auf CHF 47'007'764.13.
40.	26 und 419	Tiefbauamt	510300 Betrieb und Unterhalt	Fraktionen: FDP/JF BDP/CVP	In den letzten Jahren hat sich gezeigt, dass bei viel Schnee kaum Velofahrer in der Stadt Bern unterwegs sind. Auch wenn	Die Zusatzkosten für den Winterdienst auf Velorouten im Betrag von Fr. 50'000 ist ersatzlos zu streichen, d.h. Kürzung

					die Straßen geräumt werden. Aus diesem Grund sollen hier nicht weiter Mittel gesprochen werden.	der Nettokosten um 50'000 auf CHF 47'032'284.13.
	26 und 419	Tiefbauamt	510300 Betrieb und Unterhalt	Fraktion SVP	Auf den Winterdienst für Velos ist zu verzichten.	<i>Deckungsgleich mit Antrag Fraktionen FDP/JF, BDP/CVP</i>  Auf den Winterdienst für Velos ist zu verzichten, d.h. Kürzung der Nettokosten um 50'000 auf CHF 47'032'284.13.
41.	24 und 435	Tiefbauamt	510400 Bewilligung und Bewirt- schaftung	Fraktionen: FDP/JF BDP/CVP PVS-Minderheit	Der Bearbeitungsaufwand soll durch Vereinfachung der Prozesse reduziert werden anstatt neue Stellenprozente zu schaffen.	Die zusätzlichen Stellenprozente Bewirtschaftung öffentlicher Raum sind zu streichen, d.h. Kürzung der Bruttokosten um CHF 37'260 auf CHF 47'045'024.13.
42.	24 und 440	Stadtgrün Bern	520200 Grünflächen- pflege	Fraktionen: FDP/JF BDP/CVP PVS-Minderheit	Statt eine neue Stelle zu schaffen, um die Bevölkerung zu beraten (z.B. für Pop-up Projekte), sind die komplizierten Reglemente und Verfahren zu entschlacken; welche den Ursprung des Problems darstellen.	Die zusätzliche Stelle "Projekt "Raum für Begegnung" (Aneignung öffentlicher Raum)" ist zu streichen, d.h. Kürzung der Nettokosten um CHF 24'840 auf CHF 21'341'186.06.
43.	24 und 440	Stadtgrün Bern	520200 Grünflächen- pflege	Fraktionen: FDP/JF BDP/CVP	Die Gelder für die zusätzliche mobile Möblierung sollen nicht aufgestockt werden.	Auf den erneuten Leistungsausbau für zusätzliche Möblierung von CHF 100'000.00 ist zu verzichten, d.h. Kürzung der Nettokosten um 100'000 auf CHF 21'266'026.06.

44.	24 und 440	Stadtgrün Bern	520200 Grünflächen- pflege	Fraktionen: FDP/JF BDP/CVP PVS-Minderheit	Die Verwaltung der Familiengärten und Urbanes Gardening sollen die Nutzer untereinander regeln. Für die reine Unterstützung bei der Verwaltung dieser Gärten, soll die Stadt Bern keine neue Stelle schaffen. Es ist keine Staatsaufgabe.	Auf die Stelle für die Unterstützung der Familiengärten sei zu verzichten, d.h. Kürzung der Nettokosten um CHF 49'680 auf CHF 21'316'346.06 (zulasten PG520200).
45.	26 und 580	Verkehrs- planung	580100 Verkehrs- planung	Fraktionen: FDP/JF BDP/CVP PVS-Minderheit	Der Zusatznutzen für die beantragte Stelle ist nicht überzeugend dargelegt.	Die Stelle "Verstärkung der aufsuchenden Partizipation" ist ersatzlos zu streichen, d.h. Kürzung der Nettokosten CHF 82'052 auf CHF 7'133'984.45.
46.	24 und 462	Verkehrs- planung	580100 Verkehrs- planung	Fraktionen: FDP/JF BDP/CVP	Für die reine Aufbereitung und Vermittlung von Daten zur Verkehrsplanung benötigt die Stadt Bern keine zusätzliche 50%-Stelle. Diese Aufgaben können mit dem bestehenden Personalbestand wahrgenommen werden.	Auf den Leistungsausbau für die Aufbereitung und Vermittlung von Daten zur Verkehrsplanung von CHF 42'308.00 ist zu verzichten, d.h. Kürzung der Nettokosten um CHF 42'308.00 auf CHF 7'173'728.45.
47.	463	Verkehrs- planung	580100 Verkehrs- planung	Fraktion SVP	Flops wie Velobrücke, Publibike und Schikanen wie Parkplatzabbau, Velofahren auf Trottoirs, Velogegegenverkehr nehmen rasant zu. Nur durch radikale Kürzungen können diese überbordenden Fehlplanungen und Schikanen gestoppt werden.	Kürzung der Nettokosten für Verkehrsplanung um CHF 2'000'0000.00 auf CHF 5'216'036.45.



48.	463	Verkehrsplanung	5800100 Verkehrsplanung	Fraktion SVP	Flops wie Velobrücke, Publibike und Schikanen wie Parkplatzabbau, Velofahren auf Trottoirs, Velogenverkehr nehmen rasant zu. Nur durch radikale Kürzungen können diese überbordenden Fehlplanungen und Schikanen gestoppt werden.	<i>Eventualantrag zu Antrag 47:</i> Kürzung der Nettokosten für Verkehrsplanung um CHF 500'000.00 auf CHF 6'716'036.45.
-----	-----	-----------------	----------------------------	--------------	---	--

Direktion für Finanzen, Personal und Informatik (FPI)

Antrag Nr.	Seite	Dienststelle	PG-Nr.	Antragstellende	Begründung	Antrag
49.	25 und 485	Generalsekretariat FPI, Immobilien Stadt Bern, Personalamt, Informatikdienste, Logistik Bern	600100 620100 640100 650100 660100	Fraktion SVP	Die Aufgaben müssen mit den bestehenden Mitteln ausgeführt, resp. kompensiert werden.	Auf sämtliche neu geschaffenen Stellen in den Dienststellen Generalsekretariat, Immobilien Stadt Bern, Personalamt, Informatikdienste und Logistik Bern sei zu verzichten, soweit sie nicht innerhalb der FPI kompensiert werden.

50.	25 und 497	Immobilien Stadt Bern	620100 Bewirtschaftung Immobilien VV	Fraktion FDP/JF	Im Vergleich zur Privatwirtschaft werden in einem kleinen Einzugsgebiet (Stadt Bern) immer noch klar weniger Immobilien per 100%-Stelle verwaltet. Deshalb sollen hier keine neuen Stellen geschaffen werden (Immobilienmanagement).	Auf den Leistungsausbau von CHF 128'787.93 für die Immobilienmanagementstelle ist zu verzichten, d.h. Erhöhung des Nettoerlöses um CHF 128'787.93 auf CHF 3'817'101.7.
51.	25 und 475 und 521	Personalamt	640100 (Personaldienstleistungen Stadtverwaltung)	Fraktion FDP/JF	Die letzte Mitarbeiterumfrage hat deutlich gezeigt, dass die Zufriedenheit mit dem Lohn und dem Arbeitgeber Stadt Bern hoch ist. Es besteht kein Grund zur Annahme, dass eine Realloohnerhöhung nötig ist. Auf die Projektkosten „Realloohnerhöhung“ ist zu verzichten.	Auf den Leistungsausbau für das Projekt Realloohnerhöhungen von CHF 75'000 ist zu verzichten, d.h. Kürzung der Nettokosten um CHF 75'000 auf CHF 5'185'158.20.
52.	516	Steuerverwaltung light	630400 Steuereinnahmen	Fraktionen: FDP/JF BDP/CVP	Der Bilanzüberschuss der Stadt Bern ist mit CHF 103.2 Mio. solide und bei einem vernünftigen Umgang mit den Finanzen ist trotz anstehenden Investitionen und Bevölkerungswachstum eine moderate Steuersenkung für natürliche Personen möglich.	Die Steueranlage soll auf 1.49 gesenkt werden, d.h. entsprechende Kürzung des Nettoerlöses Steuereinnahmen (zulasten P4000000, natürliche Personen und P40100000, juristische Personen) unter entsprechender Kürzung des Bilanzüberschusses der Stadt Bern.
53.	533	Informatikdienste	650100	FSU	Die Kennzahl 12 bringt wenig Mehrwert an Information, da sie jedes Jahr 0 beträgt.	Kennzahl 12 streichen.

54.	569	Fonds für Boden- und Wohnbau- politik	860100	FSU	Der Zusatz «... mit dem <i>Ziel, den Anteil auf 1000 Verträge zu steigern</i> ». ist aus Versehen vom PG 2018 nicht ins PGB 2019 eingeflossen, sondern nur die kurze Formulierung «Zunahme der Anzahl Mietverträge mit Vermietungskriterien im günstigen Wohnraum».	Die Steuerungsvorgabe 4 muss korrekt wie bereits im PG 2018 folgendermaßen lauten: « <i>Zunahme der Anzahl Mietverträge im Segment günstiger Wohnraum mit Vermietungskriterien mit dem Ziel, den Anteil auf 1000 Verträge zu steigern</i> ».
-----	-----	--	--------	-----	---	--